



Presseinformation

Nr. 486 / 2014

Kiel, Montag, 8. Dezember 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe

Anita Klahn: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird die Verordnungskeule geschwungen

Zur aktuellen Berichterstattung über den Verordnungsentwurf der Landesregierung zur Einführung von Schulplatzquotierungen für Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Wenn die rot-grün-blaue Bildungsphantasiewelt mit der Wirklichkeit in Kontakt kommt und nicht die gewünschten Ergebnisse produziert, dann muss mit der obrigkeitstaatlichen Brechstange halt etwas nachgeholfen werden. Denn die linke Regierungskoalition weiß ja am Besten, was gut für die Menschen ist, auch wenn diese es selbst noch gar nicht wissen.“

Die neu eingerichteten Oberstufen an Gemeinschaftsschulen erfüllen keine fachlich begründete Funktion. Sie sind viel zu klein und verschlingen deshalb Ressourcen, die wir an anderer Stelle im Schulsystem dringender gebrauchen können. Es bestehen ausreichend Oberstufenkapazitäten an Gymnasien und berufsbildenden Schulen. Was allen vorher klar war, gesteht jetzt auch die Landesregierung mit ihrem Verordnungsentwurf ein. Weil nicht ausreichend leistungsstarke Schüler auf diesen Schulen angemeldet werden und die Eltern für ihre Kinder lieber Gymnasien und berufsbildende Schulen wählen, muss vonseiten des Ministeriums nachgeholfen werden. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird die Verordnungskeule geschwungen.

Im Sinne besserer Bildung wäre es wünschenswert, wenn die Abgeordneten von SPD, Grünen und SSW die vielfach geäußerten Bedenken gegen ihre bildungspolitischen Ziele auch einmal ernst nehmen würden. Denn damit wäre die ständig praktizierte Bevormundung der Betroffenen entbehrlich.“